

Edgar Schu, edgar.schu@goettinger-linke.de, 0179 672 9724

Kandidatur als Direktkandidat zur Bundestagswahl 2021

Liebe Genoss*innen,

ich bitte Euch, mir den Auftrag als Direktkandidat zur Bundestagswahl für den Wahlkreis Göttingen zu geben.

Geboren 25.07.1969 in Dortmund

1995 bis 2002: Aktiv im Antiatomplenum Göttingen

2001: Abschluss als Diplomchemiker Uni Göttingen, Ökosystemforschung am Institut für Bioklimatologie,

bis 2003: Wissenschaftlicher Mitarbeiter.

Ab 2004: Schwerpunkt Soziale Frage. Zunächst Mitarbeit im sozialen Zentrum Göttingen.

2005: Gründung des bundesweiten Aktionsbündnisses Sozialproteste und Koordinierung bundesweiter Kampagnen gegen Hartz IV und Lohndumping (2005 bundesweiter Aktionstag Hartz-Schluss für gesetzlichen Mindestlohn mit Aktionen in 70 Städten, 2006 Organisation und Mitfinanzierung bundesweite Demonstration „Schluss mit den Reformen gegen uns!“ mit 20.000 Menschen, Kampagnen für höhere Hartz-IV-Sätze für Kinder und für 500 Euro Eckregelsatz und 10 Euro steuerfreien Mindestlohn)

2006 - 2016: Aktive Mitarbeit im Ortsvereinsvorstand ver.di Göttingen

2008: Koordinierung der Bündnisplattform gegen Kinderarmut durch Hartz IV – neue Regelsatzstufe für 6- bis 13-Jährige wurde durchgesetzt.

Ab 2009: Kampagnenarbeit für 500, später 600 Euro Hartz-IV-Regelsatz und 10, später 12 Euro gesetzlichen Mindestlohn plus Erhöhung des Einkommensteuergrundfreibetrags.

Ab 2014: Mitglied in der LINKEN.

Seit 2016: Mandat für die Göttinger Linke im Stadtrat Göttingen

Seit Beginn 2018:

Einsatz für eine LINKE Klima-Politik, nicht nur für einen Pseudo-Energiewechsel auf hohem Verschwendungsniveau, sondern für eine zukunftsfähige Politik des Degrowth und Kreislaufwirtschaft.

Ab Mai 2020: Mitgliedschaft und Vortragstätigkeit bei Scientists for Future Regionalgruppe Göttingen

Gründe für meine Kandidatur und Schwerpunkte für eine mögliche Tätigkeit im Bundestag

Der wichtigste Trumpf zur Durchsetzung unseres Programms ist, dass wir ohne jeden Taschenspielertrick als **Steuersenkungspartei für die große Mehrheit** auftreten können. Sie soll mehrere tausend Euro mehr pro Person und Jahr auf dem Konto haben.

Sogar die FAZ vom 14.05.2017 regte sich über die anderen Parteien als „Steuerbetrüger“ auf und lobte uns: *„Bislang hat allein die Linkspartei konkrete Zahlen vorgelegt.“* Die hohen Entlastungen hat die FAZ leider nicht ausgeführt. Aber auch wir als LINKE teilen es der Öffentlichkeit bisher nicht mit.

So könnten wir die Leute für unsere Politik und für massive Besteuerung des größten Reichtums gewinnen, damit Krankenhäuser rekommunalisiert werden können und damit genug Geld für öffentliche Bildung, Soziales, Gesundheit, Geflüchtete usw. da ist. Damit unsere Politik unterstützt wird, wir den Rüstungshaushalt zusammenstreichen und die gesamte neoliberale Politik zurückdrängen können. Damit wir den Reichen ihr Spielzeug, ihre Kapitalmassen wegnehmen können, die sie vermehren wollen und mit denen sie sonst nicht nur das Gesundheitssystem und den Wohnungsmarkt zerstören, sondern in jeder Beziehung die Welt in Brand stecken.

Im Folgenden habt Ihr bei Interesse Gelegenheit, die Entwicklung meiner politischen Haltung nachzuvollziehen. Es hat etwas mit kollektiver Verzweiflung zu tun, mit Widerstand gegen Hartz IV und Lohndumping.

Ab dem Jahr 2005 koordinierte ich im Aktionsbündnis Sozialproteste bundesweite Kampagnen, um gemeinsam gegen Hartz IV und Lohndumping vorzugehen.

Seit 2005 telefonierte ich nahezu rund um die Uhr mit Aktiven und von den Hartz-Gesetzten direkt Betroffenen aus dem gesamten Bundesgebiet, schrieb E-Mails und organisierte Treffen. **Ständig wurde ich mit der Verzweiflung der Leute konfrontiert.**

Sie alle erlebten die gleichen katastrophalen Folgen nach der Einführung von Hartz IV, für sich selbst oder für Betroffene, die sie unterstützten.



Von Baden-Württemberg bis Brandenburg das gleiche Entsetzen: Vor allem darüber, dass die Bevölkerung sich zum **Hass auf Erwerbslose**, also zu Sozialrassismus, aufhetzen lässt, dass sie die Gesetzesverschärfungen geschehen lässt und die Kürzungsparteien wählt. Obwohl doch Hartz IV, die Angst vor Erwerbslosigkeit und der Druck auf die Löhne auch ihnen das Leben zur Hölle macht!

Dass sie und sogar die Erwerbslosen sich auch zu Rassismus aufwiegeln lassen würden, das Aufkommen und **Erstarken einer Partei wie der AfD, war schon damals, 2006, zu erahnen.**

Ab dem Jahr 2009 stellten unsere Sozialproteste, beraten von dem Marxisten Prof. Rainer Roth aus Frankfurt/Main, nicht mehr nur die Erhöhung des Existenzminimums von Erwerbslosen, sondern auch das Existenzminimum von Erwerbstätigen in den Mittelpunkt:

In Deutschland wird das Existenzminimum von Erwerbstätigen besteuert!

Nach Steuerzahlung können sich Leute im unteren Lohnniveau einen Teil ihrer Lohnsteuer aufwendig als Hartz-IV-Leistung zurück „beantragen“. Überhaupt werden Niedrig- und Normalverdiener viel zu hoch besteuert.

Solidarisch sein heißt landläufig „etwas abgeben“

Wie sollen Leute Solidarität gut finden, wenn sie nach Steuerzahlung selbst Hartz IV beantragen müssen? Diese Überbesteuerung ist die Politik von CDU/CSU/PDFDP/GRÜNE und nicht unsere. Aber uns wird unterstellt, dass wir das noch schlimmer machen würden, weil man von uns nur von „Steuererhöhungen“ und zu selten das Wort „Steuersenkung“ hört.

2014 trat ich in Göttingen in DIE LINKE ein.

Mit der Erkenntnis über die Besteuerung des Existenzminimums konnte unser Kreisverband über den Landesparteitag bis zum Bundesparteitag 2015 Überzeugungsarbeit leisten, so dass das LINKE Steuerkonzept an dieser wichtigen Stelle repariert wurde:

DIE LINKE erhöhte ihre Forderung zum Grundfreibetrag der Einkommensteuer radikal, von 9.300 auf 12.600 Euro: Massive Entlastungen für Niedrig- und Normalverdienende und trotzdem 180 Mrd. Euro Mehreinnahmen im Jahr für den Staat vor allem auf Kosten der Allerreichsten!

Dieses Steuerkonzept hatten wir uns gewünscht und damit war eigentlich einiges besser.

Es wäre für die große Mehrheit sehr attraktiv. **Aber davon weiß leider niemand etwas!**

Ich habe dieses Thema intensiv im Kommunalwahlkampf 2016 mit dem Verteilen von 10.000 Flyern „Steuern und Abgaben senken“ genutzt und kam so überraschend in den Stadtrat.

Tätigkeit im Stadtrat

Obwohl der finanzielle Bewegungsspielraum der Stadt gering ist, ist es sinnvoll, im Rat immer wieder den Finger in die Wunde zu legen. Zum Beispiel im Bauausschuss: Stets zu opponieren, wenn die anderen Parteien gegenüber Miethaien noch nicht einmal die zur Verfügung stehenden Instrumente des Baurechts nutzen wollen, um Mieterhöhungen abzuwehren. Ein weiteres Beispiel ist das auffällige Finanzgebaren der hiesigen Abfallwirtschaft, die in ihren Netzwerken wiederholt zehnfache Millionenbeträge für abbrennende oder anderweitig havarierende oder scheiternde Großanlagen mit nicht funktionierenden und nicht ökologischen Verfahrensweisen verschwendet. Auch Gewinnausschüttungen der Sparkasse an die Stadt fordern wir, die in anderen Städten Praxis sind.

In Berlin fallen die wichtigsten Entscheidungen

Selbstverständlich werden die wichtigsten Stellschrauben für eine bessere Finanzierung der Kommunen, überhaupt des öffentlichen Dienstes und dafür, wie Konzerne und Reiche für die Staatsfinanzen herangezogen werden, in Berlin gedreht.

Im kommenden Bundestagswahlkampf sollten wir die Chance nutzen, den Leuten zu sagen, dass wir Reiche gezielt belasten wollen, um alle anderen zu entlasten und durch weitere Veränderungen die Lebensqualität der großen Mehrheit massiv zu verbessern. Zu dieser Aufklärung will ich mit meiner Kandidatur im Sinne unseres gesamten Parteiprogramms beitragen und gegenüber dem Parteivorstand und in der Fraktion auf die Umsetzung unserer begründeten Wahlversprechen dringen. Sollte ich in den Bundestag gewählt werden, will ich dabei mitwirken, die Steuerbetrüger, nämlich die anderen Parteien, zu demaskieren und in der Öffentlichkeit für unser Programm zu werben.

Ich bitte Euch um Eure Unterstützung, zur Kandidatur und für einen überzeugenden gemeinsamen Wahlkampf.

Mit sozialistischen Grüßen

